



Dittrichring 24 · 04109 Leipzig
Postfach 10 03 45 · D-04003 Leipzig
Tel.: 0341 / 9 61 24 43
Fax: 0341 / 9 61 24 99
Internet: www.runde-ecke-leipzig.de
E-mail: mail@runde-ecke-leipzig.de

PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 09.05.2011

Unser Zeichen: pm_314jahn_stasi_mitarbeiter.doc

Bürgerkomitee Leipzig unterstützt Roland Jahn im Streit um frühere Stasi-Mitarbeiter beim BStU

Kritik von Dieter Wiefelspütz ist absurd – Innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sollte sich entschuldigen

Als Roland Jahn in seiner Antrittsrede als neuer Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen deutlich machte, dass jeder in der Behörde angestellte ehemalige Stasi-Mitarbeiter ein Schlag ins Gesicht der Opfer sei, wurde dies vom Bürgerkomitee Leipzig e.V., das sich seit Dezember 1989 für die Aufarbeitung der Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit einsetzt, ausdrücklich begrüßt.

Dass Roland Jahn seinen Worten in den letzten Wochen auch Taten folgen ließ und den Auftrag gab, eine Versetzung der 48 ehemaligen MfS-Mitarbeiter in andere Behörden zu prüfen, findet die volle Unterstützung des Bürgerkomitees und anderer Aufarbeitungsinitiativen. Jahns Vorstoß zeigt einmal mehr, dass er genau der Richtige für dieses Amt ist.

So ein klares Vorgehen haben Jahns Vorgänger Marianne Birthler und Joachim Gauck in ihrer Amtszeit vermissen lassen. Stattdessen konnten ehemalige Stasi-Offiziere nach der öffentlichen Debatte über ihre Beschäftigung vor ein paar Jahren in der Stasi-Unterlagenbehörde sogar bis in die Leitungsebene aufsteigen. Probleme wurden dabei stets heruntergespielt.

Die bisherige, verfehlte Personalpolitik, die auch Staatsminister Bernd Neumann ausdrücklich kritisiert, hat das Ansehen der Behörde nachhaltig beschädigt. Eine Einrichtung, die an derart herausragender Stelle die Aufarbeitung der Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit, einer der wichtigsten Stützen der SED-Diktatur, voranbringen soll, kann nicht selbst MfS-Mitarbeiter und SED-Systemträger in derart großer Zahl beschäftigen. Denn diese Personen sind aufgrund ihres Verhaltens in der DDR schlicht ungeeignet für die Arbeit beim BStU.

Wenn der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dieter Wiefelspütz den neuen Bundesbeauftragten nun so heftig kritisiert und ihn als „Eiferer mit Schaum vor dem Mund“ bezeichnet, so tut er dies wohl, weil er die Politik von Gauck und Birthler, ehemalige Stasi-Mitarbeiter in der Behörde zu belassen, über Jahre stützte und diesen Irrtum eingestehen müsste, sollte Jahn mit seinem Vorstoß Erfolg haben. Es ist zudem eine bössartige Verdrehung, wenn dem neuen Bundesbeauftragten von Wiefelspütz „Menschenjagd“ vorgeworfen wird, trifft doch dieser Begriff genau auf die Stasi zu. Wiefelspütz sollte sich für seine sprachlichen Entgleisungen entschuldigen.

Für die Mitarbeiter der BStU gelten besonders hohe Anforderungen an die persönliche Integrität – Jahn hebt die Glaubwürdigkeit seiner Behörde deutlich

Eine der zentralen Aufgaben der Stasi-Unterlagenbehörde ist die Herausgabe von Akten zu Mitarbeitern des MfS, um deren Eignung für eine Weiterbeschäftigung zum Beispiel im Öffentlichen Dienst zu prüfen. Die BStU verwaltet alle Akten der kommunistischen Geheimpolizei und verfügt über das gesetzlich geregelte Monopol der Herausgabe dieser Akten an Forscher, Journalisten und Betroffene. Damit hat die Behörde einen entscheidenden Einfluss auf die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die dafür Verantwortlichen müssen besonders hohen Anforderungen bezüglich ihrer persönlichen Integrität genügen. MfS-Mitarbeiter hätten daher niemals in der Stasi-Unterlagenbehörde eingestellt werden dürfen. In der Leipziger Außenstelle ist dies bewusst auch nicht passiert. Die Beschäftigung des belasteten Personals in der Aktenverwaltungsbehörde wirkt geradezu wie ein Verrat an den Forderungen der Friedlichen Revolution.

Roland Jahn setzt sich nun für die Versetzung der Betroffenen in andere Bundesbehörden ein und kommt damit einer langjährigen Forderung der Stasi-Opfer und Aufarbeitungsinitiativen nach. Die Bundesregierung ist aufgefordert, ihn bei seinem Vorhaben zu unterstützen.

Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung hat der Bundestag in seiner jüngsten Novelle zum Stasi-Unterlagen-Gesetz gemacht, indem dort die Überprüfungsmöglichkeit für BStU-Mitarbeiter unbefristet ermöglicht wurde, um „der notwendigen Sensibilität dieser Tätigkeit und dem erforderlichen Vertrauen in diese Institutionen zu entsprechen.“

Welche Auswirkungen die sorglose Beschäftigungspolitik der BStU hat, beschrieb schon Jürgen Fuchs in seinem Buch „Magdalena“. Dort ist nachzulesen, wie frühere hauptamtliche MfS-Mitarbeiter sowie DDR-Staatsfunktionäre, die in der Behörde ebenfalls in problematisch hoher Zahl angestellt sind, dafür sorgten, dass aus der Bürgerrechtsbewegung stammende Kollegen die BStU oft wieder verließen – oder verlassen mussten.

Die immer wieder vorgebrachte Schutzbehauptung, die Stasi-Mitarbeiter hätten „den Bürgerkomitees ihr Wissen zur Verfügung gestellt“ ist falsch. Sie haben den Bürgerrechtlern nicht geholfen, sondern vielmehr versucht, ihnen ihre Sicht auf die Dinge einzuflüstern und den Prozess der Auflösung mitzubestimmen. So war der bis zu seinem Tod in der BStU beschäftigte Oberst Klaus Bäcker einer der Stasi-Vertreter am Zentralen Runden Tisch Berlin und versuchte dort, die Interessen des MfS gegen die neuen demokratischen Kräfte durchzusetzen. Sein ehemaliger Mitarbeiter Bernd Hopfer im Dienstrang eines Oberstleutnants war ab Anfang Dezember 1989 nach Leipzig beordert, um hier konspirativ und aus dem Hintergrund die Interessen des alten Apparates gegen die Bürgerkomitees zu wahren. Er war 1983 auch an der Erarbeitung des Abschlussberichtes zu Roland Jahn in Jena beteiligt. Er hat bei der BStU in der Grundsatzabteilung gearbeitet, bis er 2007 in Rente ging.

Die Personalentscheidungen werden aus rechtlichen Gründen nicht grundsätzlich zu revidieren sein, gleichwohl müssen mindestens Umsetzungen in andere Behörden stattfinden. Roland Jahn muss in seinem Anliegen vom Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) und dem Kulturausschuss des Bundestages deutliche Unterstützung erhalten. Alle dienstrechtlichen Möglichkeiten müssen umgehend ausgeschöpft werden.

Roland Jahn ist eine exzellente Wahl für dieses Amt. Er versteht sich als Anwalt der Opfer und versucht die Stasi-Unterlagenbehörde wieder stärker als Dienstleister zu profilieren. Er hat das moralische Ansehen der Behörde in den ersten Wochen seiner Amtszeit deutlich gesteigert.